

DIE LINKE. / GEMEINSAM GEGEN SOZIALRAUB
DIE LINKE.KÖLN
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Die Linke.Köln-Fraktion · Postfach 103564 · 50475 Köln

Haus Neuerburg
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
e-mail: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 19.03.2009

AN/0570/2009

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Hauptausschuss	19.03.2009

Hilfen und Informationen nach dem Einsturz des Stadtarchivs

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion DIE LINKE. Köln bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 19.03.2009 aufzunehmen:

1. Die Verwaltung der Stadt Köln möge eine Internetseite einrichten, auf der alle Angebote zur Hilfe an die Bewohner des Gebietes um den Waidmarkt sowie der Anwohner im Streckenverlauf des Nord-Süd-Tunnels gebündelt aufgeführt werden.
Zudem sollen hier relevante Informationen und Kontaktdaten der beteiligten Einrichtungen der Verwaltung sowie des Ombudsmannes Peter von Blomberg eingestellt werden.
2. Die Verwaltung der Stadt Köln möge den Verlauf der Entscheidungsfindung bezüglich des Streckenverlaufs und der Bauverfahren in Bezug auf die Nord-Süd-Bahn gebündelt im Internet darstellen. Hier sollten alle relevanten Vorlagen, Anträge, Protokolle, und Beschlüsse aus dem Rat der Stadt Köln und aus den Ausschüssen zur Verfügung gestellt werden.
Ebenso sollten hier die öffentlichen Planungsunterlagen, wie z.B. der Planfeststellungsbeschluss zum Bau der Nord-Süd-Stadtbahn, sowie die vom Rat der Stadt beschlossenen Ergänzungen vorgelegt werden.
3. Die Verwaltung möge bis zur Ratssitzung am 26. 3. 2009 einen Bericht darüber vorlegen, welche Maßnahmen nach dem Zusammenbruch des Kölner Stadtarchivs zur Erhöhung der Sicherheit (z.B. Messpunkte zur Beobachtung von Bodenbewegungen) am Streckenverlauf der Baustelle der Nord-Süd-Bahn bereits durchgeführt wurden und welche weiteren Sicherungsmaßnahmen möglich sind.

Begründung zu 1.:

Dutzende Bürger mussten nach dem Einsturz des Stadtarchivs ihre Wohnungen verlassen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Viele Anwohner, deren Wohnungen sich in der Nähe zur Baustelle der Nord-Süd-Bahn befinden, sind in Sorge um ihre Sicherheit.

Die Stadt Köln stellt diesen Gruppen Hilfsangebote zur Verfügung. Eine wesentliche Maßnahme zur Optimierung dieses Angebotes ist es, alle notwendigen Informationen so zur Verfügung zu stellen, dass schnell und ohne großen Aufwand auf sie zugegriffen werden kann. Dies ist bislang nicht in ausreichendem Maße gewährleistet.

Begründung zu 2.:

Die Kölner Bürger haben ein berechtigtes Interesse an der politischen Entscheidungsfindung zur Auswahl der Streckenführung und zu den politischen Maßgaben, unter denen die KVB die Bauherrenschaft der Nord-Süd-Bahn übernommen hat.

Diesem Interesse sollte die Verwaltung nachkommen, indem sie ein möglichst hohes Maß an Transparenz herstellt. Hierzu gehört der unaufwändige Zugang zu den relevanten Unterlagen aus den politischen Gremien.

Die genannten Unterlagen sind bereits öffentlich, sie können mit dem Ratsinformationssystem bzw. über Anträge an die Verwaltung jedoch nur mit großem Zeitaufwand gesichtet und ausgewertet werden.

Begründung zu 3.:

Nach dem Einsturz des Stadtarchivs sind zahlreiche Maßnahmen getroffen worden, um die Sicherheit an der Baustelle der Nord-Süd-Bahn zu erhöhen. Die bereits umgesetzten und die geplanten Maßnahmen, sowie weitere Optionen sollen den politischen Entscheidungsträgern durch die Verwaltung im Zusammenhang dargestellt werden, um auf diese Weise eine politische Diskussion der Baustellensicherheit zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.
Jörg Detjen